

**Einlassung von Sabine Morgenroth zur Anklage vor dem Amtsgericht Höxter am 25.2.92 wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung am AKW Würgassen (1. Abbauaktion am 28.4.91 anlässlich des 5. Jahrestages der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl)**

### **Persönliche Motivation:**

Als Tochter zweier Naturwissenschaftler wurde ich geboren, mein Vater war Professor für physikalische Chemie an der Fachhochschule Aachen/Jülich und meine Mutter promovierte Physikerin mit dem Spezialgebiet elektronenoptischer Untersuchungsmethoden von verschiedenen Werkstoffen, insbesondere Stählen und Kohlenstoffen. Als Dozent an der FH Jülich hatte mein Vater bereits in den 60er Jahren enge Verbindungen zur KFA in Jülich, weil dort mehrere seiner Diplomanden mit ihren Diplomarbeiten beschäftigt waren. Ihm unterstand das Röntgenlabor der FH Jülich, hat dort sehr viel mit Röntgenstrahlung gearbeitet.

Ich bin in einer Atmosphäre großer Achtung vor der Natur, aber auch der Natur- und technischen Wissenschaften, aufgewachsen. Dies bedeutete ~~aber auch~~ die sehr frühe Ablehnung der Atomenergie, denn meinen Eltern lagen schon damals verschiedene Forschungsergebnisse sowohl über die Nicht-Eignung von Salzlagerstätten zur Ablagerung radioaktiven Mülls als auch Bruchfestigkeitsmessungen der verschiedenen für Reaktoren relevanten Materialien und deren Röntgen- bzw. elektronenmikroskopischen Untersuchungen vor. Über diese Untersuchungen wurde in meinem Elternhaus sehr ausführlich diskutiert und ~~auch~~ über die großen Gefahren von Strahlung im allgemeinen. Dort ging es auch um damit verbundene ethische Fragen wie etwa der Frage, inwieweit der Mensch legitimiert ist, in die natürlichen Kreisläufe einzugreifen.

Meine Eltern gingen 1968 mit uns Kindern im Rahmen eines technischen Entwicklungshilfeprogramms zwischen der damaligen Bundesregierung und der indischen Regierung als Professoren für ihre jeweiligen Fächer nach Indien. Dort ging ich in eine indische Schule, in der mir zum ersten Mal das Leben und Wirken Mahatma Gandhis vorgestellt wurde. Dies waren wichtige Stationen auf dem Weg zu meiner heutigen Haltung. Sie haben mich nachhaltig geprägt.

Im Gegensatz zu mir haben meine Eltern nie versucht, sich mit ihrem Wissen in die politische Auseinandersetzung einzumischen, obwohl klar war, daß sie dazu sehr kritisch eingestellt waren aufgrund ihres Wissen um diese Zusammenhänge und ihre Grundhaltung einer großen Ehrfurcht vor der Natur und ihren Abläufen. Die Einschätzung habe ich von ihnen übernommen, aber meine Konsequenz war politisch: Ich habe den politischen Kampf gegen diese Technologie aufgenommen, sonst könnte ich wahrscheinlich nur weinen über soviel achtungslosen Umgang mit der Natur und ihrer unwiderbringlichen Zerstörung!

**Im folgenden will ich nun zunächst ausführen, warum es zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie überhaupt keine Alternative gibt und daß die Schäden, die durch diese Technologie bereits verursacht wurden, auf Zehntausende von Jahren irreversibel sind.**



## Das weltweite Atomprogramm und seine Gefahren:

In jedem einzelnen Baustein des weltweiten Atomprogramms liegen ungeheure Gefahren. Im einzelnen:

### - Uranabbaugebiete:

Die größten bekannten Vorkommen gibt es in den USA, der ehemaligen UdSSR, Australien, Kanada und Niger. Insbesondere in den USA und Australien ist der Uranabbau mit weitgehender Vernichtung der dort lebenden Ur-Bevölkerung - Indianer bzw. Aborigines - verbunden. Die im Uranabbau beschäftigten Menschen sind großen gesundheitlichen Gefahren durch ständig freiwerdende radioaktive Gase und Stäube ausgesetzt. Bedingt durch den geringen Metallgehalt im Uranerz entstehen zudem riesige Schutt- und Abraumhalden, die für Umwelt und Lebewesen eine zusätzliche Bedrohung bedeuten.

In dem Buch von Holger Schuhmann "Das Uran und die Hüter der Erde - Atomwirtschaft, Umwelt, Menschenrechte" heißt es dazu auf Seite 8 ff.: "Beim Streit um die Nutzung der Atomenergie denkt man in den Industrieländern zunächst an die Risiken von Atomkraftwerken und Atommüll. Dabei wird übersehen, daß Uranabbau und -aufbereitung bis heute schon weit über eine Milliarde Tonnen radioaktiver Abraumhalden, die auf Jahrtausende strahlen werden, meist völlig ungeschützt hinterlassen haben. Der Großteil dieser Halden befindet sich auf dem Land indigener Völker in Nordamerika, Australien, Afrika und Asien. Manche dieser Gebiete wurden zu "nationalen Opfergebieten" degradiert und sind inzwischen eigentlich unbewohnbar. Allein schon die ökologischen Belastungen durch den Uranerzabbau und -verarbeitung sind Grund genug, die zivile und militärische Nutzung der Atomenergie zu beenden.

Infolge der bisher auf die Gefahren der Atomkraftwerke konzentrierten öffentlichen Diskussion konnten sich auch deutsche Unternehmen wie die Uranerzbergbau, die Urangesellschaft und die Saarberg Interplan Uran, mit öffentlichen Mitteln gefördert, fast unwidersprochen in das Geschäft mit dem Uran einmischen. Die gesundheitliche und existentielle Bedrohung ganzer Völker ist das Resultat des Urangeschäftes. "Völkermord auf Raten", sagen die Ureinwohner. Jeder Atomstromverbraucher macht sich mitschuldig."

An dieser Stelle muß die Frage erlaubt sein, ob eine Gefährdung Dritter nur dann vorliegt, wenn es sich um Deutsche handelt!

### - Urananreicherung/Industriebetriebe zur Herstellung der Brennelemente:

"In den meisten Atomkraftwerken wird leichtangereichertes Uran mit um 3 % Anteil Uran 235 gebraucht, für Bomben hochangereichertes Uran mit über 90 % Uran 235. Dieselben Urananreicherungsanlagen können im Prinzip gleichermaßen für Niedrig- und Hochanreicherung benutzt werden; der erzielte Grad der Anreicherung ist dadurch bestimmt, wieviele Stufen man das Uran durchlaufen läßt. Im einzelnen sind solche Anlagen zwar verschieden gut für die beiden Zwecke geeignet, aber eine techni-



sche Garantie, daß eine Anlage, die zur Versorgung von Reaktoren mit schwach angereichertem Uran gedacht ist, nicht für Waffenzwecke mißbraucht werden kann, kann es nicht geben.

Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit das Uran für ihre Reaktoren in fertig angereichertem Zustand gekauft (Hauptlieferant USA, außerdem ehemalige UDSSR und Frankreich), also selber keine Urananreicherung betrieben. Dies war ihr, wie einige andere Rüstungsaktivitäten auch, durch die WEU untersagt. Sie bemühte sich jedoch schon viele Jahre, auch selbst zum Anreicherungsland zu werden. Über die Kooperation mit anderen westeuropäischen Ländern (Niederlande, Großbritannien) konnte eine Aufhebung des WEU-Verbotes erreicht werden. Es wurde eine gemeinsame Gesellschaft mit Namen URENCO gegründet, deren deutsche Beteiligungen die Firma URANIT hält. Mittlerweile gibt es auch eine große URENCO-Anreicherungsanlage auf bundesdeutschem Boden im westfälischen Gronau." (so zitiert nach Udo Schelb, Reaktoren und Raketen, Köln 1987, SS. 20ff). An dieser Stelle ist der erste mögliche Übergang von der sogenannten zivilen zur militärischen Nutzung der Atomenergie. Hier liegt die Möglichkeit für waffenfähiges Uran 235.

Das Brennelementewerk in "Hanau ist das Produktionszentrum der bundesrepublikanischen Atomwirtschaft, ohne Hanau läuft - jedenfalls zur Zeit - nichts. Hier befindet sich die (neben Lin-gen) einzige bundesdeutsche Produktion von Brennelementen für Kernreaktoren, hier befindet sich auch die weitaus bedeutendste Verarbeitungstätte für Plutonium, von den Lagerbeständen ganz zu schweigen." (zitiert nach dem Hanau-Handbuch, Teil I, Kettenreaktion Hanau, 1990) Weiter wird dort angegeben, daß neben vielem anderen ca. 80 % des inländischen Bedarfs von Uranoxyd-Brennelementen für Leichtwasserreaktoren in Hanau hergestellt werden.

#### - Atomkraftwerke:

In der BRD sind 21 Anlagen im Betrieb; weltweit circa 400.

Ein *Super-GAU* wäre bei einer der deutschen Anlagen auch möglich. Am 12.4.72 ist es beispielsweise in Würgassen schon einmal fast zum GAU gekommen (Unrast-Broschüre, S. 30). Das sogenannte *Restrisiko* ist erheblich. Dies geht aus einer Studie des Ökoinstituts hervor. Dort heißt es: "Die Wahrscheinlichkeit für einen schweren AKW-Unfall pro Betriebsjahr liegt bei 1:30.000. Dies bedeutet, daß bei 21 in der Bundesrepublik in Betrieb befindlichen Anlagen in einem Zeitraum von 20 Jahren (Horizont 2010) die Wahrscheinlichkeit für einen Unfall mit massiver Radioaktivitätsfreisetzung bei rund 1 % liegt. Ähnliches zeigt eine Studie des französischen Staatskonzerns EdF zum Betrieb von AKW: in Frankreich liegt die Wahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls bei mehreren Prozent (EdF 1990). Dies als tolerierbares "Restrisiko" zu bezeichnen, ist schlichtweg inakzeptabel. Die hohe Unfallwahrscheinlichkeit, verbunden mit dem immensen Gefahrenpotential, stellt nach wie vor die Hauptbegründung für die Forderung nach dem Sofortausstieg dar."



Die Gefahr durch *Erdbeben* ist erheblich. Das AKW Phillipsburg im Rheintalgraben ist mitten in eine geologische Formation hineingebaut, von der ihre Erdbeben-tätigkeit bekannt ist. Das AKW Mühlheim-Kärlich ist auf einer *geologischen Verwerfung* gebaut; d.h. daß durch Absacken einer an der Erdoberfläche anstehenden Formation wichtige Versorgungsleitungen des AKW abreißen könnten mit verheerenden Folgen. Zu dieser Fehlplanung lag ein geologisches Gutachten vor, das auf das gravierende Problem hinwies.

Die Gefahr durch *Tiefflüge* ist erheblich. Eigentlich ist es zwar verboten, ein AKW zu überfliegen oder auch nur in einem bestimmten Bereich daran vorbeizufiegen. Faktum jedoch ist, daß es eine ganze Reihe von Beispielen gibt, die belegen, daß diese Vorschriften nicht eingehalten werden.

Speziell in Würgassen ist der *Brandschutz* nur sehr unzureichend gewährleistet: Es wurde zwar nachgerüstet, jedoch wäre diese Baulinie nach heute gültigen Bestimmungen überhaupt nicht mehr zulässig, u.a. wegen der Redundanzen in den Kabelschächten.

Dann gibt es ganz erhebliche Probleme mit der *Bruchfestigkeit der verwendeten Werkstoffe*, insbesondere der Stähle und des Betons, aber auch des Kohlenstoffs in den Brennstäben. Die Bruchfestigkeit dieser Materialien verändert sich nämlich wesentlich unter dem ständigen Beschuß von Strahlung überhaupt, aber ganz besonders unter den Dosen, die in einem Reaktor zu finden sind. Ich will hierzu aus einer Presseerklärung des Kieler Energie-ministers, Herrn Günter Jansen, zitieren: "Die Kieler Reaktor-sicherheitsbehörde hat über inoffizielle Wege Informationen erhalten, daß es seit Januar 1990 in den USA ernsthafte Befunde in Form von sicherheitstechnisch schwerwiegenden Rissen in Reaktordruckbehältern bei Siedewasserreaktoren (Würgassen ist ein solcher!!!!) gibt. Die Risse deuten auf Korrosionsvorgänge hin, die den Reaktordruckbehälter als die sicherheitstechnisch wichtigste Barriere gegen die Freisetzung großer Mengen Radioaktivität betreffen. Es handelt sich dabei um Erkenntnisse über die Siedewasserreaktoren Quad Cities 2 (789 MW, Iowa, seit 1972 in Betrieb) sowie um James A. Fitzpatrick (821 MW, New York, seit 1975 in Betrieb) (Würgassen ist seit 1972 in Betrieb!). Es wurden mehrere Risse bis zu 30 cm, davon einer mit 5 cm Tiefe (50 % der Wandstärke) sowie Risse von jeweils 50 und 75 cm Länge festgestellt. In Schleswig-Holstein sind zwei Siedewasserreaktoren in Betrieb, Brunsbüttel (am Netz seit 1976) und Krümmel (seit 1983 in Betrieb)." und an anderer Stelle "Jansen wies vor der Presse auf einen weiteren, Ende Mai bekannt gewordenen schweren Schaden am Atomkraftwerk Loviisa in Finnland hin, ein Reaktor vom Typ Greifswald, der mit westlicher Technik nachgerüstet worden ist. Beim Betrieb dieses Kernkraftwerks hat es einen sog. "2 F-Bruch" einer Speisewasserleitung gegeben. Ein solcher Bruch bedeutet den vollständigen Durchriß der entsprechenden Leitung. Wenn diese nicht abgesperrt werden kann, besteht u.U. die Gefahr, daß zwischen Reaktordruckbehälter und Umwelt eine offene Verbindung besteht, über die massive Mengen an Radioaktivität austreten könnten." Hier muß auch noch die Feststellung angefügt werden, daß die Ingenieurregel "Leck kommt vor Bruch" mit solchen Beispielen eindeutig widerlegt wird. Würgassen speziell: ...



Gefahren ergeben sich natürlich auch aus den ungeheueren *Halbwertszeiten*. Sie liegen bei 24.000 Jahren. Solange gibt es den Menschen überhaupt noch nicht, wenn man die Dinge einmal erdschichtlich betrachtet. Neben den daraus resultierenden Strahlenproblemen ergeben sich hier auch Fragen der Übermittelbarkeit an die nachfolgenden Generationen über solche Zeiträume hinweg. Hierzu gibt es Studien, wie Schriftzeichen, Bildsymbole aussehen könnten, um bestimmte diesbezügliche Informationen auf Jahrtausende zu überliefern.

Auch die *Niedrigstrahlung*, die sowohl bei den AKW selbst, aber auch bei verschiedenen anderen Bausteinen dieser Technologie entsteht, ist äußerst gefährlich. Die erhöhten Leukämieraten werden darauf zurückgeführt. Allgemein läßt sich dazu sagen, daß Chromosomenabberationen unter bestimmten Strahlenbelastungen auftreten. In Zellen gibt es Reparaturprozesse derart, daß sie einer gewissen Strahlenbelastung noch standhalten können. Es gibt aber den Bereich der Dosen - und hier spielt auch die Art und Weise, wie die Strahlendosis angewendet wird, eine große Rolle -, wo diese Reparaturprozesse nicht mehr funktionieren. Dies ist der Anfang für die Krebserkrankungen. Überschreitet diese Dosis dann einen noch höheren Wert, die sogenannte letale Dosis, so ist sie eben tödlich für das ganze Lebewesen. Die verschiedenen Dosen werden bei den verschiedenen Strahlenintensitäten der verschiedenen Stufen des Atomprogramms und seinen möglichen Ausfällen durchlaufen.

Flüsse, Meere Luft ....

Eine erhebliche Gefahrenquelle ist auch die Möglichkeit *menschlichen Versagens*.

Last not least die Gefahrenquelle *Sabotage*: Es gibt fast kein Glied in der Kette des Atomprogramms, das vor Sabotage oder sog. Vergeltungsschlägen sicher wäre. (Golfkrieg: Brief v. 13.1.91) Diese reale Möglichkeit wird natürlich auch von den Innenministerien gesehen und sie reagieren entsprechend mit Geheimhaltung. D.h. die Gefahren werden auch von offizieller Seite als so gravierend eingeschätzt, daß sie hier mit Geheimhaltung antworten. Hat das etwas mit Transparenz demokratischer Strukturen zu tun? Ich behaupte das Gegenteil: Die Atomtechnologie provoziert wegen seiner immensen Gefahren den Polizeistaat und "schreit geradezu nach Bestechungsaffären", wie wir in unserem Aufruf formuliert haben.

Hier bei den Atomkraftwerken ist der zweite Übergang zur militärischen Nutzung der Atomenergie: Für die in der Bundesrepublik befindlichen Kernkraftwerke mit etwas unterschiedlichen Leistungsdaten und verschiedenen Betriebszeiten kann man ganz grob abschätzen, daß in der bundesdeutschen Atomwirtschaft jährlich größenordnungsmäßig 3 Tonnen Plutonium entstehen. Um an das waffenfähige Plutonium 239 zu gelangen, ist hier dann noch der Schritt der Wiederaufarbeitung erforderlich.



## - Wiederaufarbeitung:

Die abgebrannten Brennelemente aus Atomreaktoren werden in Wiederaufarbeitungsanlagen mittels verschiedener mechanischer und chemischer Verfahren zerkleinert und aufgelöst, wobei große Mengen hochradioaktiven Atommülls anfallen. Als wiederverwendbare Endprodukte werden Plutonium und Uran gewonnen. Zur Zeit gibt es in Europa zwei Wiederaufarbeitungsanlagen: La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien).

Auch hier bestehen große Probleme. In einem taz-Artikel vom 23.2.90 mit der Überschrift "Tip der WAA-Betreiber: Arbeiter von Sellafield sollen keine Kinder zeugen - eine Woche nach der aufsehenerregenden Veröffentlichung einer Untersuchung über Leukämiegefahr bei Kindern versammelte sich die verunsicherte Belegschaft zu einer Informationsveranstaltung" heißt es:

"Arbeiter in der britischen Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield (Windscale), die darüber besorgt sind, daß ihr Erbgut Leukämie bei ihren Kindern auslösen kann, sollten keine Kinder zeugen. Diesen Rat gab ihnen der Direktor der Gesundheits- und Sicherheitsabteilung von Sellafield, Dr. Roger Berry. Er sagte: "Den Arbeitern werden individuelle Gespräche angeboten. Wenn sie so sehr besorgt sind, könnte der Rat lauten: "Verzichtet auf Kinder."

Prof. Martin Gardner von der Universität Southampton hatte in seinem vor einer Woche veröffentlichten Untersuchungsbericht über die hohe Leukämierate in der Umgebung von Sellafield festgestellt, daß radioaktive Strahlung eine genetische Veränderung der Spermien verursachen kann. In Seascale, einem Seeort fünf Kilometer südlich der Wiederaufarbeitungsanlage, beträgt die Leukämierate das Zehnfache des Landesdurchschnitts.

Gardner sprach gestern mit der Belegschaft in Sellafield. Er wies darauf hin, daß sich das Risiko für Kinder verachtfache, wenn der Vater radioaktiver Strahlung ausgesetzt ist. "Das ist eine Zahl, die jeder selbst interpretieren kann."

In einem anderen Artikel wird auf die "Lösungsmöglichkeit", alte Männer, die keine Kinder mehr haben wollen, in dem sog. "heißen" Bereich arbeiten zu lassen!

Dies alles ist aber wiederum kein Grund zum Umdenken, sondern die Geschichte an dieser Stelle wird folgendermaßen weitergeschrieben (FR v. 25.4.90): Dort heißt es: "Deutscher Atommüll soll Sellafields Zukunft entsorgen - Abgebrannte Brennelemente aus dem Emsland sichern Betrieb der britischen Wiederaufarbeitungsanlage/Vertrag unterzeichnet" und "Leidenschaftliche Proteste bei britischen Atomkraftgegnern hat die Nachricht ausgelöst, daß deutsche Atommüll-Exporte die wirtschaftliche Zukunft der umstrittenen englischen Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Sellafield weit übers Jahr 2000 hinaus garantieren werden. Ein Vertreter der Umweltschutzorganisation "Greenpeace" sagte dazu am Dienstag der FR, Großbritannien mache sich auf fatale Weise "zur Müllhalde für fast die Hälfte des deutschen Atommülls", während die Deutschen ihre eigene Verantwortung in diesem Bereich leichtfertig auf ein Nachbarland abwälzten. Ein derartiges Verhalten sei um so skandalöser, als die WAA Sellafield seit einigen Jahren klar im Verdacht stehe, für weitreichende Umweltverseuchung und für schwere Gesundheitsschäden bei Sellafield-Arbeitern und deren Kindern verantwortlich zu sein. Die bislang vertraulich behandelte Verständigung zwischen bundesdeutschen Betreibern von Atomkraftwerken und dem staatlichen



britischen Atomunternehmen "British Nuclear Fuels Ltd." (BNFL), dem auch Sellafield untersteht, ist jetzt von der Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" enthüllt worden. Die Zeitung berichtete, daß BNFL am Dienstag mit den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen (VEW) einen Vertrag über die Wiederaufarbeitung von Brennstäben aus dem Atomkraftwerk Lingen (Emsland) schloß. Dies wurde von der VEW-Zentrale in Dortmund am Dienstag bestätigt, wie die Nachrichtenagentur Associated Press ergänzend meldete. Der VEW-Mitteilung zufolge hat das Abkommen einen Wert von über 700 Millionen Mark. Es sichere die Wiederaufarbeitung der Brennelemente aus Lingen voraussichtlich von 1994 an bis etwa zum Jahr 2020."

Die Vertreter der Atomindustrie und ihre politischen Mentoren in Regierung und Parlamenten malen im allgemeinen ein Bild der zivilen Atomstromerzeugung, daß jegliche Verbindung zur militärischen Atomenergie ausschließt. Eine solche strikte Trennung von ziviler und militärischer Atomenergie ist von den technischen Grundlagen her eine Fiktion. Das entscheidende technische Hindernis, das ein Land zu überwinden hat, welches zur Atomwaffenmacht werden will, ist die Erlangung von spaltbarem Material für Bomben. Wenn dieses Land eine entfaltete zivile Atomindustrie einschließlich Urananreicherungs- und Wiederaufarbeitungskapazitäten aufbaut, kann es die Schwelle auf ein leicht übersteigbares Maß reduzieren, ob dieser Effekt nun beabsichtigt ist oder nicht. (Deutschland konnte auf die WAA in Wackersdorf wegen des EG-Binnenmarktes 92 verzichten und brauchte noch nicht einmal auf das Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 1995 zu warten.). Hierin liegt wieder ein Übergang zur militärischen Nutzung der Atomenergie.

An dieser Stelle möchte ich auch hinweisen auf die Proliferation von Kernwaffen in die gesamte Welt vermittelt dem Vehikel der sogenannten zivilen Nutzung der Kernenergie. Dieses Problem beschäftigt derzeit sehr intensiv die NATO-Führungsspitze.

#### - Endlagerung:

Die Frage der Endlagerung ist völlig ungeklärt. Vorgesehen ist für hochradioaktiven Müll der Salzstock in Gorleben, der aber nach der Einschätzung vieler namhafter Experten völlig untauglich ist, und für schwach- und mittelradioaktiven Müll Schacht Konrad, der auch in seiner Eignung weithin umstritten ist. Dazu zitiere ich aus einem Artikel von Wolfgang Ehmke in der Zeitschrift "atom" in der Ausgabe vom Dezember 90/Januar 91: "Schon 1984, nach einer Anhörung vor dem Innenausschuß des Bundestages, war klar, es gibt erhebliche Sicherheitsbedenken gegen Salz als Wirtsgestein allgemein und wegen der katastrophalen Tiefbohrergebnisse gegen den Standort Gorleben speziell. Allen Mahnungen zum Trotz hieß es in Bonn stereotyp, an der Eignungshöflichkeit des Gorlebener Salzstockes gebe es keinerlei Zweifel. Hinter vorgehaltener Hand hieß es allerdings, man könne doch nicht den gleichen politischen Ärger wie im Wendland und in Wackersdorf noch an anderen Standorten provozieren wollen. Hier im ehemaligen Zonenrandgebiet sollen zwei atomare Zwischenlager, die Pilot-Konditionierungsanlage und das Endlager konzentriert werden. Drei Viertel der betroffenen Menschen im



50 km Radius wußten von alledem nichts oder nur wenig und konnte sich nicht einmischen: sie lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Derart geopolitische Erwägungen werden auch bei dem östlichen Pendant, dem Atommüllager in Morsleben, eine Rolle gespielt haben, das im einstigen Sperrgebiet in der Nähe von Helmstedt betrieben wird. Der Weiterbetrieb ist per Novelle des Atomgesetzes bis zum 30. Juni 2000 gesichert. Auch hier handelt es sich um Salz als Wirtsgestein. Seit 1978 werden schwach- und mittelaktive Abfälle aus dem Kernkraftkombinat Bruno Leuschner in Greifswald eingelagert. Die Mängelliste, die das Darmstädter Ökoinstitut vor kurzem aktualisierte, ist lang: Gefahr des Wassereintritts, Absenkungen durch den Abbruch unterirdischer Hohlräume, unzureichende Sicherheitsbarrieren. Die besondere Spezialität: Flüssigabfälle (Verdampferkonzentrat) werden auf Braunkohlenasche gesprüht, aber nicht vollständig abgebunden, sondern versickern. Die Deponie soll aus dem Kombinat Bruno Leuschner herausgenommen werden, die DBE (Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern) wird das Endlager übernehmen. Ob und wie die DBE die Deponie künftig nutzen wird hänge von einer Sicherheitsanalyse ab, die zur Zeit in Auftrag sei und vom BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) und der atomfreundlichen Gesellschaft für Reaktorsicherheit angefertigt wird, ließ die DBE verlauten. Schneller als vermutet, eröffnet sich die Atomlobby ein neues Schlupfloch. Morsleben wäre ein willkommener Ersatz für das ebenfalls politisch heftig umstrittene Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter, wo als Ergänzung zu Gorleben rund 90 % aller radioaktiven Abfälle versteckt werden sollten."

Kleine zynische Randbemerkung: Endlager Bombe oder Schiene sind vielleicht Lösungsmöglichkeiten!

#### - Transporte:

Im Vorwort des Greenpeace Report 2 "Der weltweite Atomtransport" von Jürgen Stellpflug heißt es dazu: "Wie Spinnfäden überziehen die Pfade des nuklearen Transportroutennetzes den gesamten Globus. Auf jeder Straße, jedem Flughafen, in jedem Hafen oder Bahnhof können wir den strahlenden Fahren begegnen. Eine rückhaltlose Offenlegung aller Transportrouten würde enthüllen, daß schon heute fast jeder Bundesbürger ahnungslos in der Nähe einer heimlichen Transportroute wohnt. Diese "Sozialisierung" des atomaren Strahlenrisikos macht jeden einzelnen von uns zum Betroffenen, zum potentiellen Krebsopfer. Eine Nische "weitab von jeder Atomindustrie", in die wir fliehen könnten, existiert nicht, hat es seit dem Start ins Atomzeitalter nie gegeben. Denn seit jeher sind die atomaren Zubringerbahnen für die Ver- und Entsorgung der Atomindustrie unverzichtbar.

Ebenso wie die Strahlenwolke von Tschernobyl der Fiktion ein Ende gesetzt hat, Opfer der Nuklearindustrie seien lediglich "ein paar Menschen in Lüchow-Dannenberg, der Ukraine oder in der Oberpfalz", die das Pech haben, "zu nah" an einem Atombetrieb zu wohnen, machen auch die durch Metropolen, Ballungsgebiete, verträumte Dörfer und Waldgebiete rollenden Strahlenfahren alle Menschen gleich: Jedem liefern sie die radioaktiven Strahlen gleichsam frei Haus. Die alte dichotomische Vorstel-



lung, der gnadenlose Fortschritt würde immer auf dem Rücken der anderen, weit entfernter Entwicklungsländer, der Dritten Welt oder ein paar anonymer Opfer ausgetragen und träfe nicht Sie oder uns, wird durch die alle geographischen und ideologischen Grenzen nivellierenden Strahlen ad absurdum geführt, die Unterscheidung zwischen Nichtbetroffenen und Betroffenen endgültig außer Kraft gesetzt.

Denn die strahlenden Fuhren stellen - so ermittelte selbst das Bundesforschungsministerium in Auftrag gegebene Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE) - das höchste Strahlenrisiko bei der Entsorgung von Atomanlagen dar. Und jeder radioaktive Stoff, sei er nun zur Stromerzeugung oder zum Vernichtungswaffenbau bestimmt, muß mehrfach auf die unsichere Reise gehen, muß von der Uranmine über verschlungene Umwege und Zehntausende von Kilometern ins AKW, zur Wiederaufarbeitung und ins Endlager geschafft werden - auch kreuz und quer durch die Bundesrepublik. Und noch gibt es hier kein Gesetz, das - nach dem Muster des amerikanischen Freedom of Information Act - dem Bundesbürger das Recht auf Information über die nuklearen Frachten zuspricht. Noch immer hat er keine Möglichkeit, gegen Atomtransporte zu klagen. Als offizieller Grund für ihre Geheimhaltung geben die Verantwortlichen immer wieder den bei der Offenlegung der Risikofuhren kaum mehr möglichen Schutz der Transporte vor Terroranschlägen und Diebstahl an. So hoch also schätzt man das Gefahrenpotential der strahlenden Fuhren ein, so "empfindlich" erscheint diese Etappe des nuklearen "Kreislaufs", daß das Recht auf öffentliche Beteiligung und Kontrolle außer Kraft gesetzt wird - in einem Bereich, der uns alle direkt betrifft.

Entweder die Bürger nehmen die konspirative Geheimniskrämerei über die Transporte hin und geben so ihr demokratisches Mitspracherecht auf, oder sie müßten es sich bei Offenlegung der Transportrouten und -zeiten gefallen lassen - so die Konsequenz des staatlichen Sicherheitsarguments -, daß an jeder Ecke einer Transportstrecke Polizei-Sondereinheiten eingerichtet werden, daß alle Anwohner der atomaren Routen ständig überwacht und bespitzelt werden. Die schon vor Jahren in der hessischen Atomhochburg Hanau gebildete Polizeisondertruppe "Kerntechnische Anlagen und Umweltschutz" war ein entsprechender gefährlicher Schritt in Richtung auf den Atomstaat.

Atomtransporte sind die Achillesferse der "friedlichen Nutzung der Kernenergie", das verbindende Glied, ohne das nichts mehr läuft."

### **Argumente der Betreiber:**

Wir brauchen die Atomtechnologie, weil

- sonst die Lichter ausgehen,
- sie einen Ausweg aus der Klimakatastrophe darstellt.

Hierzu ist zu sagen, daß dies nicht stimmt. Es gibt einen enormen Überhang der Stromproduktion. Die Hauptenergiequelle ist die Energieeinsparung. Die Alternative ist die "Sonnenenergiewirtschaft, eine Wirtschaft, die letztlich vollständig und ausschließlich auf der Nutzung regenerativer Energiequellen basiert, also auf der Nutzung der Lichtstrahlung der Sonne, der Wärmestrahlung der Sonne



sowie der Nutzung von Wind, Wasser und Biomasse" (aus der Fibel "Start in die Sonnenwirtschaft" von Jens Mittelsten Scheid).

Die Atomtechnologie ist natürlich auch kein Ausweg aus der Klimakatastrophe, denn "die scheinbare Attraktivität der Nuklearstrategie beruht darauf, daß AKW offenkundig kein CO<sub>2</sub> abgeben. Dies ist jedoch nur auf den ersten Blick richtig, denn zum AKW-Betrieb gehören Erzminen, Urananreicherung u.s.w. Da der Energieeinsatz hierfür z.T. auf fossilen Brennstoffen beruht, wird durch AKW indirekt CO<sub>2</sub> emittiert." (zitiert nach einer Studie des Ökoinstituts mit dem Titel "CO<sub>2</sub>-Reduktionsstrategien: Atomkraft versus Effizienz" von Uwe Fritsche und Stephan Kohler) Etwas später wird in der Studie ausgeführt: "Nuklearspezifische Klimarisiken? Über die o.g. Probleme hinaus ist ein weiteres Risiko zu beachten, das beim AKW-Ausbau auftreten kann. Wie vorher gezeigt, muß die Nuklearstrategie wegen begrenzter Uranvorräte die Wiederaufarbeitung und Brüter benutzen. In WAA wird das radioaktive Edelgas Krypton freigesetzt. Dies führt zur Senkung der Luftleitfähigkeit und zu mehr Kondensationskernen, womit über einen veränderten Wasserdampfhaushalt und Eiskristallbildung ein nuklearspezifischer Treibhauseffekt entstehen könnte."

**All das bis hierher bedeutet: Es gibt keine Alternative zum sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie! Die Schäden, die durch diese Technologie bereits verursacht wurden, sind auf Zehntausende von Jahren irreversibel!**

### **Politische Strategie für einen Ausstieg:**

Ziel der politischen Strategieentwicklung ist es, einen *politischen Meinungsbildungsprozeß* einzuleiten, der letztlich in einem *Ausstiegsgesetz* mündet. Mit dem derzeitigen Atomgesetz ist ein Ausstieg nicht möglich. In einem Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages (Drucksache 11/13 v. 19.2.87) mit dem Titel "Gesetz zur Beendigung der energiewirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und ihrer sicherheitstechnischen Behandlung in der Übergangszeit (Kernenergieabwicklungsgesetz)" wurde der Versuch unternommen, Konsequenzen aus den Reaktorunglücken in Harrisburg und Tschernobyl zu ziehen und einen Ausstieg vermittels eines Gesetzes vorzubereiten. Das Entscheidende in diesem Regelwerk ist der Punkt "B. Lösung: Änderung des geltenden Atomgesetzes insbesondere mit folgenden Regelungsinhalten:

- Der Förderzweck sowie die davon abgeleiteten anderen Privilegien bei der Nutzung der Kernenergie werden aufgehoben; die Beendigung der Nutzung der Kernenergie wird Zweckbestimmung" u.v.a.m.

Hier möchte ich noch einmal grundsätzlich etwas zu den "demokratischen" Parlamentswahlen sagen: Die Mehrheiten im Parlament aufgrund von Wahlen spiegeln in der Regel die wirtschaftspolitische Lage eines Landes bzw. des Bundes wider. Dies ist in der Regel nicht deckungsgleich mit den Mehrheitsverhältnissen in energiepolitischen Fragen. Das heißt: Es muß unser Ziel sein, die Energiepolitik immer wieder auch zum Wahlkampfthema werden zu lassen.



Jetzt gehe ich folgenden Unterfragen nach: **Wie läßt sich nun aus all dem vorher Beschriebenen eine politische Strategie entwickeln? Auf welchen politischen Ebenen kann angesetzt werden? Welche Aktionsformen sind angemessen? Wo sollten sie ansetzen? Wie und mit wem können welche Probleme in einem Bündnis angegangen werden?**

Bevor ich versuche holzschnittartig, den Prozeß zur Beantwortung dieser Fragen nachzuzeichnen, sollen noch folgende Gedanken erwähnt werden. Ein Teil der gesamten Strategie stellen die Aktionen dar. Sie müssen so ausgewählt sein, daß der Grundsatz der *Vermittelbarkeit* nicht verletzt wird. Von daher bietet sich an, Aktionen an der "hardware" des Atomprogramms durchzuführen.

Dann muß bei der gesamten Strategiediskussion immer auch eine *realistische Einschätzung der eigenen Kräfte und Möglichkeiten* einfließen.

#### **Auf welchen politischen Ebenen kann angesetzt werden?**

Zunächst kann grob unterschieden werden zwischen dem außerparlamentarischen und dem parlamentarischen Raum und zwar international, national (Bund/Länder) und lokal.

Da wir nicht eine Organisation wie Greenpeace sind, fiel von vornherein die internationale Ebene aus. Auf nationaler Ebene kommen zunächst die verschiedenen parlamentarischen Gremien, Bundestag und die Landtage, aber natürlich und auch ganz besonders die Atomaufsichtsbehörden, namentlich das BUM und die jeweiligen Landesministerien, in Betracht. Außerdem verschiedene Fraktionen innerhalb dieser Gremien.

Als Gegnerin in diesem Konflikt wird sich ein Teil der Strategie auch auf die Energieversorgungsunternehmen orientieren.

Schließlich ist auch eine wesentliche Zielgruppe als potentielle Bündnispartnerin die Gruppe der Gewerkschaften. An vielen umwelt- und friedenspolitischen Fragestellungen findet man immer wieder die Scheinalternative, die die notwendige Veränderung contra Arbeitsplätze darstellt. Dies verstellt den Blick für Konversionsmaßnahmen in Bereichen echter Alternativen und treibt einen Keil in die mögliche Koalition durch das Arbeitsplatzargument.

#### **Welche Aktionsformen sind angemessen?**

Neben den Aktionen im legalen Raum sind aus unserer Sicht Aktionen Zivilen Ungehorsams dringend geboten, da der Faktor "Zeit" zur weitestgehenden Schadensbegrenzung von essentieller Bedeutung ist. Da die drei BegründerInnen der "Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Stilllegung aller Atomkraftwerke" in der Tradition des gewaltfreien Widerstandes der Friedensbewegung stehen, war von Anfang an klar, daß ein militantes Aktionskonzept nicht in Frage käme. Im Gegenteil: Mit der Kampagne wollten wir versuchen, innerhalb der Anti-AKW-Bewegung wieder zu einer gewaltfreien Auseinandersetzung um dieses Thema zurück zu gelangen. Die Auseinandersetzungen um die WAA in Wackerdorf waren zur Zeit der Konzeption unserer Kampagne die jüngsten historischen Ereignisse in diesem Zusammenhang, die von äußerster Brutalität gekennzeichnet waren. Für uns war stets der Grundsatz leitend, daß unsere Politik sich an unseren Aktionen messen können lassen muß. Aufgrund der Erfahrungen aus der Friedensbewegung war aber auch klar, daß hier ein Konzept entwickelt werden sollte, das über einmalige Aktionen hinaus gehen und regional verankert werden sollte. Hintergrund war die Ein-



schätzung, daß sich politischer Druck nicht über längere Zeit aufrechterhalten läßt, wenn er nicht regional verankert ist und dann bundesweit vernetzt wird.

#### **Wo sollten sie ansetzen?**

Um die Vermittelbarkeit der Aktionen zu gewährleisten, sollten sie an der "hardware" des Problems ansetzen; deshalb auch der lange Vorspann meiner Ausführungen. Hier wird deutlich, an welchen Punkten die Aktionen ansetzen könnten. Dabei kommen die Uranabbaugebiete nicht in Frage, weil wir dann hätten international operieren müssen, die Anreicherungs-Industriebetriebe zur Herstellung der Brennelemente nicht, weil sie nicht in unserer Nähe anzutreffen sind, bei der Wiederaufarbeitung hätte wieder international gearbeitet werden müssen, bei der Endlagerung wäre auch ein erheblicher Abstand gewesen, was für kontinuierliche Arbeit sehr erschwerend ist, bei den Transporten gibt es erhebliche Informationsprobleme. So blieben die AKW und von Göttingen aus ist das nächstliegende das AKW Würgassen. Bundesweit gibt es vergleichbare Aktivitäten an anderen AKW, aber auch am Brennelementewerk in Hainau, die untereinander im Austausch stehen.

#### **Wie und mit wem können welche Probleme in einem Bündnis angegangen werden?**

Bundesweit bieten sich im parlamentarischen Raum die Landesministerien an, die eine dezidierte Anti-AKW-Politik vertreten. Hier ist ein direkterer Informationsaustausch wünschenswert, aber auch die Auslotung von Möglichkeiten für eine Koordinierung von Aktivitäten im weitesten Sinne. (Interessant wäre hier auch eine Entwicklung eines Bündnisses der entsprechenden Landesministerien gegen das Bundesumweltministerium!)

Im außerparlamentarischen Raum gibt es wie bereits erwähnt ähnliche Aktivitäten an mehreren AKW-Standorten. Hier gibt es eine große politische Übereinstimmung, die auch wesentlich weiter vernetzt werden könnte, als dies im Moment der Fall ist. Weitere Aktivitäten an anderen AKW könnten eventuell auch angeschoben werden.

Dann kommen natürlich als Bündnispartner für die flankierende Öffentlichkeitsarbeit die Parteien, Gruppierungen wie der Kinderschutzbund, Greenpeace, BUND, Wissenschaftler für Frieden und Abrüstung u.v.a.m. in Betracht.

Wichtig ist bei der ganzen Strategiediskussion auch die *Rolle der Medien*. Sie stellt aus unserer Sicht die vierte Macht im Staate nach Legislative, Exekutive, Jurisdiktion dar, ist insofern sehr bedeutsam. Wir überprüfen unsere Aktivitäten auch immer unter dem Aspekt der Medienwirksamkeit, weil sie für den politischen Meinungsbildungsprozeß offensichtlich eine enorme Rolle spielen.

#### **Was haben wir bisher getan?**

Die ersten Vorüberlegungen zu unserer Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Stilllegung aller Atomkraftwerke waren im Januar 1987. Ausgangspunkte waren die Katastrophe von Tschernobyl 1986 und die Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen in Mutlangen und anderen Stützpunkten von Atomraketen. Nach ausführlichen Diskussionen haben wir zum Tschernobyltag 1988 mit unseren regelmäßigen, monatlichen gewaltfreien Blockaden des AKW Würgassen begonnen. Das Konzept war von vornherein so angelegt, daß wir persönlich zwar in



Würgassen arbeiteten, jedoch eine Vernetzung und Zusammenarbeit mit ähnlichen Initiativen an anderen Standorten zuließe. Außerdem war darin enthalten, daß die gewaltfreien Blockaden nur ein Teil des Zivilen Ungehorsams ausmachen. Ziviler Ungehorsam umfaßt weit mehr als lediglich die Aktionsform Blockade. Insofern waren von vornherein auch andere Aktionen wie z.B. unsere "1. Abbauaktion", deretwegen wir jetzt hier vor diesem Gericht stehen, mit ins Kalikül gezogen. Eine unserer Leitfiguren ist Mahatma Gandhi; auch er hat in verschiedenen Zusammenhängen Zaunübersteigungen inszeniert. Nun aber in der Chronologie weiter:

Am 22.12.89 erging die einstweilige Stilllegungsverfügung durch die zuständige Atomaufsichtsbehörde in Düsseldorf. Am 21.1.90 haben wir zu der Feier der vorläufigen Stilllegung "Feiern und wachsam bleiben" eingeladen. Wir hatten sofort nach der Stilllegungsverfügung unsere Blockaden ausgesetzt. Es folgte die Podiumsdiskussion zur endgültigen Stilllegung am 15.2.90 in Göttingen. Hierzu hatten wir die Preussenelektra, die Düsseldorfer Atomaufsichtsbehörde, das Bundesumweltministerium, den Rechtsanwalt der Klagegruppe gegen den Betrieb des AKW Würgassen, einen Vertreter der Klagegruppe, Landtagsabgeordnete des niedersächsischen Landtages, die Atomaufsichtsbehörde aus Schleswig-Holstein eingeladen. Die Absagen sprechen für sich: Abgesagt hatten nämlich seinerzeit die Preussenelektra, da sie keinen ausgewogenen Dialog erwarte, die Atomaufsicht, weil sie keine Zeit für Informationen von interessierten BürgerInnen habe, sie sei so busy mit ihrer Aufsichtspflicht, und das Bundesumweltministerium. Letztgenanntes befand es noch nicht mal für nötig, überhaupt zu antworten. Dieser Podiumsdiskussion folgten zwei AKW-Beobachtungen. Parallel liefen die Vorbereitungen für eine Protestaktion in Düsseldorf vor dem Wirtschaftsministerium an. Nach dem Motto "Kommt der Prophet nicht zum Berg, kommt der Berg zum Propheten" wurde eine Aktion vorbereitet. Die Aktion haben wir genannt "Endgültig statt vorläufig, Herr Minister". Sie wurde am 22.3.90 in Düsseldorf durchgeführt mit einem großen AKW-Modell, den Fässern, die wir Ihnen auch heute wieder vor diese Tür gerollt haben, und einer Supergau-Inszenierung vor dem Ministerium. Daraufhin ließ man sich herab, sich mit uns zu unterreden. Es folgten Kundgebungen zum 4. Tschernobyltag und weitere Beobachtungen. Am 12.10.90 erfolgte dann die Wiederinbetriebnahme des AKW Würgassen, weshalb dann wieder Blockaden unsererseits erfolgten. Ergänzt wurde diese Auseinandersetzung durch eine Aktion von uns am 7.11.90 im Düsseldorfer Landtag anläßlich der "Aktuellen Stunde zur Wiederinbetriebnahme" und eine Aktion in Höxter anläßlich einer Wahlkampfveranstaltung des BUM Klaus Töpfer am 15.11.90. Es folgte dann die "Weihnachtsfrau/-mann-Blockade" mit einer Übergabe eines "Wunschzettels". Dieser Wunschzettel wurde vom Werkspersonal noch nicht einmal angenommen, so daß wir ihn dann postalisch der Werksleitung zustellen ließen. Eines der Hauptanliegen war ein Gespräch mit der Werksleitung. Hierauf kam auch wieder keine Reaktion und dies war wahrlich nicht der erste Versuch, auch mit der Werksleitung ins Gespräch zu kommen. Seitdem wurden, mehr oder weniger gut besucht, die regelmäßigen gewaltfreien Blockaden fortgesetzt. Hinter den Kulissen gab es mehrere Schreiben; eine Serie befaßte sich mit der Notwendigkeit, das Thema Energie zu einem Wahlkampfthema zu machen, und einige Briefe befaßten sich mit dem Versuch, Kontakte in verschiedene Ministerien, die erklärtermaßen den Ausstieg aus der Atomenergie wollen, zu knüpfen. Dies gelang auch zum Teil. Wir sind in die Presseverteiler von Kiel und Hannover aufgenommen worden, wir hatten einen



Staatssekretär aus Hannover zur Diskussion über mögliche Perspektiven in dieser Frage in Göttingen und sind dabei, diese Kontakte weiter auszubauen. Mehr von dem, was wir bisher unternommen haben, will ich an dieser Stelle nicht ausführen. Ich denke nämlich, daß es dazu ausreicht, um aufzuzeigen, daß wir auch im legalen Raum sehr vieles versucht haben und der Vorwurf, daß es uns lediglich völlig willkürlich aus der Luft gegriffen um irgendeine Gesetzesverletzung ginge, ins Leere geht. Wir haben ja hier keinen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung an einem völlig willkürlich ausgewählten Objekt begangen.

Würdigen möchte ich an dieser Stelle noch den Versuch der Klagegruppe: Diese versucht seit mehreren Jahren, den legalen Weg des Widerrufs der Betriebsgenehmigung des AKW Würgassen zu beschreiben.

### **Warum Würgassen?**

Aus dem Vorangestellten ist wohl deutlich geworden, daß gemessen an unseren realen Rahmenbedingungen und der Überlegung, einen Kristallisationskeim für einen regional verankerten und damit potentiell dauerhaften Widerstand als kleinen Beitrag für ein großes Ausstiegskonzept zu schaffen, sich das Atomkraftwerk Würgassen als für uns realistischster Möglichkeit, etwas gegen das Atomprogramm zu tun, ergab. Über diese grundsätzlichen Überlegungen hinaus ist aber auch deutlich geworden, daß allein von dem AKW Würgassen ungeheure Gefahren ausgehen.

### **Warum Blockaden an Würgassen?**

Wir haben die Form der regelmäßigen Blockade gewählt, weil sie an der untersten Schwelle eines gezielten Regelverstosses angesiedelt ist und insofern das Mobilisierungspotential relativ hoch ist. Eine stärkere Polarisierung, wie sie z.B. unsere "1. Abbauaktion" darstellt, ist nur noch in einem noch viel kalkulierbarerem Rahmen möglich; deshalb war diese Aktion auch nur einer sehr kleinen Gruppe vorher bekannt. Es läßt sich um die Interpretation des Demonstrationsrechts streiten: Handelt es sich bei den "Blockaden" um "Sitzdemonstrationen" wie sie anderenorts genannt werden. Ist nicht jede Symbolhandlung letztlich nur eine Demonstration eines sehr ernstesten Anliegen, was zur Zeit noch nicht von einer Mehrheit so gesehen wird? In diesem Sinne ist auch die Abbauaktion einzuordnen; sie war ein weiterer Versuch, den Konflikt um das AKW Würgassen so zu dramatisieren, daß er wieder Thema in der Öffentlichkeit wird. Die Form eines gezielten Regelverstosses ist ja auch nichts weiter als eine Art Demonstration, bei der aber auch die Wichtigkeit des Anliegen durch das Entstehen mit der ganzen Person unterstrichen wird. Wir hätten ja auch irgendwie versuchen können, der Strafverfolgung zu entgehen, aber genau dies wollten wir nicht, ganz im Gegenteil, sie ist Teil dieser politischen Strategie. Mit diesen Prozessen wird die Notwendigkeit einer Gesetzesänderung noch einmal unterstrichen. Ziviler Ungehorsam ist dort angesagt, wo der Natur irreversible Schädigungen auf unabsehbare Zeiten zugefügt werden. Er ist ein Mittel auf dem Weg, für unsere Meinung eine Mehrheit zu finden, die letztlich eine oben beschriebene Gesetzesänderung bewirken könnte.

### **Warum speziell die Abbauaktion?**

Es ist unerträglich, daß fünf Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl immer noch kein Ausstieg eingeleitet wurde. In im



Westen häufiger anzutreffender, abstoßender Selbstüberschätzung hatten die Unglücke - z.B. auch in Vandellos - überhaupt keine Auswirkungen. Realität ist auch, daß die Medienwirksamkeit von dem Ritual "regelmäßige, gewaltfreie Blockade" begrenzt ist. Das bedeutet, daß wir im Blick auf die Zeitbombe Atomkraft auch mit dieser Realität arbeiten müssen, also konkret neue Symbolhandlungen inszenieren, um eine dauerhafte Berichterstattung zu erreichen. Außerdem steigt der innere Druck an: Je länger man sich mit dem Thema befaßt, desto klarer, aber auch bedrohlicher sieht man die ungeheueren Gefahren, die in dieser Technologie stecken. Von daher stellt sich dann auch irgendwann die Frage, einen weiteren Eskalationsschritt auf der Stufenleiter möglicher gewaltfreier Aktionen zu gehen, weil die Aktionen und das, wogegen man kämpft, in einer angemessenen Relation zueinander stehen müssen. Die Blockaden symbolisieren für mich: "Wir setzen uns mit unserer ganzen Person dieser Technologie in den Weg." Der nächste Eskalationsschritt im Symbol ist: "Wir fangen mit dem Abbau des AKW an." Angemessener in dieser Steigerung wäre vielleicht gewesen, die Kontrolle über den gesamten Reaktor zu erlangen, um ein Herunterfahren des Reaktors zu erzwingen. Daß dies in dieser Art politischer Auseinandersetzung für uns persönlich kontraproduktiv wäre, unsere Einflußmöglichkeiten drastisch einschränkte und auch noch hoffnungslos naiv wäre, ist natürlich trivial. Von daher bewegen wir uns in einem Spannungsfeld zwischen Polarisierung und eingebunden sein in eine (Medien-) Öffentlichkeit mit dem Ziel, unsere Akzeptanz zu erhöhen. Deshalb ist sowohl die wohlwollende Begleitung der Presse als auch die eigene Information über das, was wir tun und warum wir es tun, unerlässlich.

[Ende Einlassung]

#### **Abschlußplädoyer:**

Durch die Atomtechnologie wird das Überleben des Lebens auf der Erde in Frage gestellt. Wir stehen hier für die bedrängte Natur, als AnwältInnen für das Leben. In diesem Sinne ist auch unsere Aktion, deretwegen ich mich heute hier verantworten muß, zu verstehen. Sprechen Sie uns frei! Setzen Sie damit ein Zeichen für das Leben auf der Erde und nicht gegen es!

Zum Abschluß möchte ich noch eine Bitte formulieren: Sie werden mich ja sehr wahrscheinlich nicht freisprechen, aber wenn Sie mich denn meinen verurteilen zu müssen, so bitte ich Sie, die Strafe in eine Initiative des Deutschen Kinderschutzbundes zur Linderung der großen Not von Tschernobylkindern, die sich im kommenden Sommer in Göttingen zur Stärkung ihres Immunsystems aufhalten werden, zahlen zu dürfen.

Göttingen, im Februar 1992

Sabine Morgenroth